



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 1½ Thlr., Woden-Abonnement
5 Thlr., außerhalb Incl. Postz. 2½ Thlr. — Anzeigengebühr für den Raum
einer sechsseitigen Zeile in Zeitungsdruck 2 Thlr., Reklame 5 Thlr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 366. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 8. August 1874.

Deutschland.

Berlin, 7. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Medicinal-Rath und Professor Dr. Leibert zu Breslau den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Kirchenvorsteher und Rentier-Guths muths zu Quedlinburg und dem Wachmeister a. D. und Todten-gräber Winkler hier selbst den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Förster Weißlich zu Forsthaus Kanne, Oberschreiber Kopnick, dem ehemaligen Gerichtsschönen, Erbschlossbesitzer Thomas zu Kammerdorf, Kreis Neumarkt, dem pensionirten Grubensteiger Nowak zu Scharley, Kreis Beuthen, und dem Kreisgerichtsboten und Exekutor Edelt zu Fraustadt das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Regierungs- und Baurath Böhlmann in Breslau den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath verliehen; und den bisherigen Director der provincialständischen Irrenanstalt zu Schwerin, Sanitäts-Rath Dr. Brüdner, zum Director der Provinzial-Irren-Heil- und Pflege-Anstalt in Creuzburg ernannt.

Der ordentliche Lehrer am Gymnasium zu Görlitz, Dr. Taegert, ist zum Oberlehrer befördert worden. Bei der Realshule in Kiel sind die Lehrer Schlichting und Dr. Stimming zu Oberlehrer ernannt worden.

Nameenlistel der am 3. August 1874 in der öffentlichen Sitzung prämierten Schüler der Königlichen Akademie der Künste.

1. Schüler des Altsaals: 1) der Bildhauer Paul Werner aus Magdeburg,

2) der Maler Gustav Hermann aus Colditz.

Belobt wurden: 1) der Bildhauer Martin Wolff aus Berlin, 2) der Bildhauer Arthur Ringe aus Breslau, 3) der Bildhauer Heinrich Wessing aus Gidum.

II. Kompositionsklasse: 1) der Bildhauer Heinrich Wessing aus Gidum, 2) der Bildhauer Albert Friedr. Paul Souchay aus Berlin, 3) der Maler Bernhard Sturmholz aus Danzig, 4) der Maler Friedrich Wittig aus Münden, 5) der Bildhauer Max Landsberg aus Breslau, 6) der Maler Oscar Voite aus Obernigl, 7) der Maler Hugo Wolff aus Berlin.

III. Modellklassie: 1) der Bildhauer Max Landsberg, 2) der Bildhauer Franz Grube aus Grevismühlen.

[Zu Mitgliedern der Commission für einheitliche Ordnung des Apothekenwesens,] welche am 10. d. Mts. hier zusammentritt, sind ernannt worden:

Preussen. Dahrstädt, Geheimer Ober-Regierungs-Rath und vorzügender Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, Vorsitzender. Dr. Kersandt, Geheimer Medicinal-Rath und vorzügender Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten; Dr. Lent, Arzt in Cöln; Dr. Schacht, Apotheken-beisitzer in Berlin; Kobligk, Apothekenbeisitzer in Berlin; Dr. Hartmann, Apothekenbeisitzer in Magdeburg; Marggraff, Apothekenbeisitzer und Stadt-Medicinal-Angelegenheiten; Dr. Schneider, Hof-Apotheker in Berlin; Teichmann, Apotheker in Berlin; Julius Gossa, Apotheker in Berlin; A. Selberg, Apotheker in Berlin; Roestel, Apotheker in Landsberg a. W. Baiern. Dr. Dr. b. Gorau, Besançon, Universitäts-Apotheker in Erlangen; Dr. Brunner, Kreis-Medicinal-Rath in Landshut; Dr. Bedall, Apothekenbeisitzer in München. Königreich Sachsen. Dr. Reinhard, Präsident des Medicinal-Collegiums in Dresden; Dr. Klinger, Bezirksarzt in Leisnig; Carl Eduard, Fächer-Administrator der Königlichen Hofapotheke in Dresden. Württemberg. Dr. Koch, Ober-Medicinal-Rath in Stuttgart; Burg, Apothekenbeisitzer in Stuttgart. Baden. Dr. Schweig, Ober-Medicinal-Rath in Karlsruhe. Hessen. Dr. Falwachs, Ober-Medicinal-Rath in Darmstadt. Groß-Sachsen. Dr. v. Conta, Medicinal-Rath in Weimar. Schwarzwald-Sondershausen. Hirzberg, Commissions-Rath in Sondershausen. Lübeck. Schröder, Apothekenbeisitzer in Lübeck. Hamburg. Dr. Wimmel, Apothekenbeisitzer in Hamburg. Eliaz-Lotringen. Venlo, Apothekenbeisitzer in Straßburg i. E.; Pferdorff, Apothekenbeisitzer in Straßburg i. E.; Kuhlmann, Apothekenbeisitzer in Mühlhausen.

[Se. Majestät der Kaiser und König] gaben in Gastein am 4. d. Mts. ein großes Diner, zu welchem unter Anderen der Botschafter General-Lieutenant von Schweinitz, der Graf Clam-Gallas, der Graf Gondrecourt, der Graf Alten und der Post-Direktor A. Einladungen erhalten hatten.

Die Reise-Dispositionen Sr. Majestät des Kaisers und Königs und Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin sind spezieller dahin getroffen worden, daß Ihre Majestät die Kaiserin-Königin am Sonntag, den 9. d. Mts., früh von Süddeutschland über Frankfurt a. M., Cassel und Magdeburg kommend, in Potsdam eintrifft. Sich zunächst nach dem Stadtschlosse, dann zur Kirche und hierauf nach Schloss Babelsberg begeben wird. Se. Majestät der Kaiser und König treffen an demselben Tage Nachmittags 5 Uhr hier auf dem Anhalter Bahnhofe ein, werden sich direkt nach dem Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahnhofe begeben und mittelst Extrazuges über Neuendorf nach Schloss Babelsberg fahren, wo Allerhöchsteselben längere Zeit zu verweilen gedenken. (Reichsanzeiger.)

[Kaiser Wilhelm und die — „Germania“.] Nr. 171

der „Germania“ enthält folgenden Artikel:

Berlin, 31. Juli. Seit länger als einer Woche macht in der katholischen Presse eine interessante Mittheilung die Runde, welche der „Königswalz“ aus Wien zugegangen war. Die Offizien haben bis jetzt unseres Wissens über dieselbe sich nicht geäußert. Da bei dem Eifer, mit welchem nicht allein die „Germania“, sondern auch die katholischen Provinzialblätter von den Bediensteten des Preßfonds studirt werden, diese Notiz schwerlich übersehen sein dürfte, so ist es wohl gestattet, das Schweigen als Bestätigung zu deuten. Wir geben deshalb im Nachstehenden die gedachte Nachricht wieder:

„Hat doch, was ich verbürgen kann, Kaiser Wilhelm selbst in „Schörl“ geäußert, es scheine ihm, daß das Attentat nicht ernst gemeint gewesen sei, denn man könne aus einer solchen Entfernung mit einer alten Pistole und mit Rehpfeilen niemals Menschen töten. Es scheine ihm, fügt der Kaiser hinzu, daß Attentat eigentlich die That eines franko-haft überprägnanten Menschen, der von sich reden machen wollte.“

„Es freut uns ungemein, daß Seine Majestät ein so nüchternes und klares Urtheil bewahrt hat, während viele Andere, zu denen leider auch Fürst Bismarck zählt, sich von der Aufregung und Leidenschaftlichkeit hinreissen ließen.“

Der Minister des Innern sah sich veranlaßt, diesen Artikel zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers zu bringen. Allerhöchsteselben haben ihn dem Minister mit folgender Allerhöchstgeehrung bewertet:

Die Anlage ist von A. bis Z. erfunden, und ist eine Demontierung durchaus nötig. (Post.)

Gastein, 5. August 1874.

Gez. Wilhelm.

Die Manöver in Ungarn und Böhmen. — Zu den Staaten-

des österre. [Die Abreise des Kaisers aus Gastein ist schon telegraphisch gemeldet worden; wir können nur noch hinzufügen, daß der selbe sich im besten Wohle befindet und mit dem Erfolg seiner Kur sehr zufrieden ist. — Nach den neuesten Nachrichten aus Kissingen befürte Fürst Bismarck seinen Aufenthalt daselbst mit dem 12. d. M. beschlossen, und vielleicht nach einem kurzen Verweilen daselbst, nach der Heimat zurückkehren. Die Kur in Kissingen ist nun wohl, wie sich in jüngster Zeit immer mehr herausgestellt hat, nicht ohne günstigen Einfluß auf seinen Gesundheitszustand geblieben, doch hat sich, wie dies gewöhnlich bei dieser Kur der Fall ist, die unmittelbare Folge derselben

eine gewisse Erholung eingestellt, und obwohl diese, wie gesagt, nichts Ungewöhnliches oder gar Beunruhigendes ist, hat sie doch dem Fürsten besonders vorsichtige Schonung zur Pflicht gemacht. Leider ist auf diesen Zustand von einem großen Theil des Kissinger Publikums nicht die genügende Rücksicht genommen worden, vielmehr ist er von Kundgebungen der Theilnahme und Huldigungen aller Art in einer Weise umdrängt worden, welche durchaus nicht als eines der Momente bezeichnet werden kann, welche zum Gelingen der Kur beitragen und ist es daher natürlich, daß er sich solchen Kundgebungen zu entziehen sucht. Er will daher zuerst einen Aufenthalt in Berlin bei seiner Rückkehr vermeiden, da aber der Kaiser dann hier ist, wird der Fürst sicher auch in Berlin eintreffen und sich dem Kaiser vorstellen.

— Der Kaiser von Österreich wird bekanntlich in nächster Zeit in Ungarn und Böhmen große Truppenbesitzungen und Manöver abhalten; dazu sind nun auch Einladungen an die Offiziere befreundeter Mächte und in erster Linie an die der deutschen Armee ergangen. Wie man erfährt, gehört zu den von Kaiser Franz Joseph eingeladenen auch der Oberst-Lieutenant von Hahnke, der Chef des Generalstabes des 3. Armeecorps.

Der Minister des Innern hat jüngst eine Verfügung erlassen, welche das Verfahren regelt, welches eintreten soll, wenn ein zur Übernahme

der Standesamtsgeschäfte gesetzlich verpflichteter Gemeindebeamter oder Gutsvorsteher sich weigert, diesen Verpflichtungen zu genügen. Der Minister erachtet es nicht für angemessen, einen solchen Gemeindebeamten oder Gutsvorsteher durch Drohungen und Vollstreckung von Exekutionstrafen zur eigenen Übernahme des Amtes abzuhalten, hat sich aber damit einverstanden erklärt, daß in solchen Fällen, wenn einer der bezeichneten bei protokollarischer Vernehmung auf seiner Vergerung zur Übernahme von Standesamtsgeschäften beharrt, ihm eröffnet werden soll, daß auf seine Kosten diese Geschäfte an einen Dritten übertragen und die Kosten in administrativer Exekution von ihm eingezogen werden; event. soll dann auch nach dieser Androhung verfahren werden. — Die Brüsseler Conferenz hat wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben und eine Plenarsitzung abgehalten.

■ Berlin, 7. August. [Zur spanischen Frage. — Sachsischer Particularismus. — Volksversammlung. — Parlamentarisches Jubiläum.] Hier fängt man allmählig an, über die neue Verzögerung, die die Absendung des deutschen Geschwaders nach den spanischen Gewässern erfährt, misstrauisch zu werden. Ist auch kein Grund für die Annahme vorhanden, daß die deutsche Regierung von der einmal beschlossenen und verkündigten Intervention zur See abstehen werde, so läßt sich doch nicht leugnen, daß das plötzliche Zögern Manchen irritieren muß, und eine Beschleunigung der Expedition wäre dringend zu wünschen, zumal sie unter der bereits gemachten Angabe, die Schiffe seien lediglich zum Schutz deutscher Staatsangehöriger in Spanien bestimmt, keinerlei Schwierigkeiten dem Auslaufe gegenüber begegnen kann. Inzwischen richtet Spanien, wie man den von dorther kommenden Nachrichten entnehmen kann, sehnlichste Blicke nach der ihm zugesagten Unterstützung, und die Regierung zu Madrid hat unverkennbar Impulse zu neuem Handeln daraus hergenommen; Frankreich versteht sich zu einer lokalen Haltung dem bedrängten Nachbarlande gegenüber, die Carlisten fangen an kleinstmäßig zu werden; auf einmal droht sich die Wolke, die dort gleichzeitig Schatten und Gewittersturm bringen sollte, in ein blaues Nichts aufzulösen; bei uns wird die Abfahrt der Kriegsschiffe vertagt, und das englische Geschwader erhält Befehl — umzukehren. Hier ist man geneigt, dies alles England zur Last zu legen, dessen Einfluß, wie wir bereits mitgetheilt, von Anfang an verzögernd gewirkt hat. Vielleicht steht die Conferenz, die nach den neuesten Depeschen zwischen dem spanischen Minister des Auswärtigen und den Vertretern Englands und Deutschlands in Madrid stattgefunden hat, im Zusammenhange mit der Sifirung der Action über die gleichwohl offizielle Auffklärungen erwünscht wären, soll sie nicht Unlaß zu unangenehmen Folgen geben. Unzweifelhaft würden die ultramontanen Bestrebungen, die ein so großes Gebiet umfassen, neue Nahrung für sich daraus zu schöpfen wissen, und der Rückschlag auf die Stimmung in Spanien müßte geradezu ein vernichtender für das Land und das Volk werden. Amtliche Blätter aus Madrid melden bereits, daß die französische Regierung noch keine genügende Maßregeln zur Sicherung der Pyrenäengrenze getroffen habe; vielleicht hat dieselbe schon länger eine Ahnung davon gehabt, welche Wendung eintreten könnte oder werde. Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß in hiesigen offiziösen Kreisen in den letzten Tagen eine überaus milde Stimmung in der Beurtheilung der Haltung Frankreichs, Spaniens und dem Carlismus gegenüber zur Geltung gekommen ist; man hält sich überzeugt, daß auf Seiten der französischen Regierung durchaus keine mala fides vorhanden sei, daß dieselbe vielmehr immer den besten Willen gehabt habe, ihre Neutralitätspflichten zu beobachten. Die Thatsachen sprechen aber anders, und es würde diplomatischen Künsten, wenn solche versucht werden sollten, schwer fallen, die öffentliche Meinung darin zu bekehren. — Die Wölfe, welche unsere offiziösen Blätter kürzlich der partikularistisch gefärbten sächsischen Presse haben zu Theil werden lassen, wiederholen sich jetzt in verschärftem Maße. Man ist hier sehr verstant über die geradezu reichsfeindliche Stimmung, die sich in gewissen Kreisen des Königreichs Sachsen fundiert und die an Intensität zunimmt, statt, wie man erwarten sollte, mit der Zeit einer vernünftigeren, freieren Ansicht und Erkenntnis der veränderten und fortgeschrittenen Verhältnisse Platz zu machen. — Die hiesigen Socialdemokraten, die nach Schließung des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“ und nach dem fürstlich mißglückten Versuch, denselben in modifizierter Form wieder erscheinen zu lassen, dennoch ihre Bemühungen um das öffentliche Wohl nicht ruhen lassen wollen, laden heute in einem rothen Anschlagzettel (natürlich ohne Namensnennung, nur mit der schlichten Unterschrift „das Comité“) sämtliche „klassensteuerpflichtige Bewohner Berlins“ zu einer Befreiung über Steuerfragen für nächsten Sonntag ein. — Am heutigen Tage begeht der Abgeordnete für Weißenburg-Naumburg-Zeitz, Herr Stadtrath Pieschel zu Naumburg a. d. Saale, sein 25jähriges Jubiläum als Abgeordneter. Der Jubilar, eins der beliebtesten Mitglieder des Abgeordnetenhauses, hat stets treu zur liberalen Sache gestanden und, ohne in die Dessenlichkeit zu treten, doch bei immer regem Eifer maßgebenden Einfluss zu üben gewußt. Seine parlamentarischen Freunde beachtigen, den

heutigen Tag nach Wiederzusammentritt des Landtages nachträglich feierlich zu begehen.

[Ein Brief eines Centrumsmannes.] Der „Neuen Stettiner Zeitung“ wird von hier der Wortlaut eines Schreibens mitgetheilt, das ein ultramontan gehüteter Abgeordneter und Staatsbeamter an einen der Linken angehörigen Parlaments-Collegen gerichtet hat. Es ist eine lange Etappe über allen den Schimpf, den die Katholiken in Folge des Kullmann'schen Mordversuches hätten über sich ergehen lassen müssen. Aber, „wir werden Alles, was sich zugelassen, im Reichstage zur Sprache bringen, gleich nach Beginn der Session und in Form einer Interpellation an den Reichskanzler. Aufs empörendste sind wir beleidigt worden, aufs nachdrücklichste werden wir uns Genugthuung verschaffen, von Euch Liberalen hoffentlich unterstützt. Ich sage Dir, auf ewig sind wir geschieden, gibst Ihr direct oder indirect dem Reichskanzler zu, wir seien Kullmann's Mordgesellen.“ Die „Neue Stettiner Zeitung“ findet, daß der Centrumsmann den Mund denn doch gar zu voll nimmt, und sagt: „Wir verdachten es der Centrumsparthei nicht, wenn sie beabsichtigt, sich feierlich im Parlament gegen jede wie immer geartete Mitschuld an der That des Mörders Kullmann zu verwahren. Mag sie sich auch über die Haltung der officiösen Presse nach Herzenslust beschweren; es haben ja auch Andere, die nicht zu den Clerikalen gehören, Anstoß an dem Gebaren derselben genommen. Indessen damit scheint man sich nach dem obigen Schreiben nicht begnügen zu wollen; man will weit mehr als dies, man will die Gelegenheit ausbeuten und auf dem Wege der Interpellation nach dem Recept der verflossenen Session neuen Anstoß unter die ohnehin erregten clericalen Massen werfen. Man will den Fürsten Bismarck persönlich interpelliren und ihn persönlich verantwortlich machen für die Angriffe der officiösen Presse. Nun, das fehlt noch grade, ein solches Nachspiel zu dem traurigen Vorfall in Kissingen. Was hat dann Fürst Bismarck an jenem Abend gesagt? Sprachen seine Worte nicht aus, was das Herz jedes patriotischen Deutschen bewegte? „Nicht meiner Person, sondern der von mir vertretenen Sache galt der Schutz des Mörders“, so meinte der Reichskanzler, und ist denn dieser Satz nicht buchstäblich wahr? Kann man sich mehrvoller ausdrücken, wenn man einige Stunden vorher glücklich dem Mordblatt entronnen ist? Es ist geradezu Unwahrheit, wenn der Briefschreiber behauptet, Fürst Bismarck habe das Signal zu den Angriffen gegen die Clerikalen gegeben. Letztere sollten jetzt ernstlich bedenken, daß nichts ihnen mehr schaden kann in den Augen aller Billigdenkenden, als fortgesetzte Märschigkeit und Ueberhebung, wie sie leider bei ihnen zur Regel geworden ist.“

[Zur Erklärung der Bischöfe] schreibt die „Sp. Z.“: Anlässlich der Schreiben, welche — wie der „Germania“ nachträglich mittheilt — der Fürstbischof von Breslau im Auftrage der preußischen Bischöfe an den Kaiser und das Staatsministerium gerichtet hat, werden die folgenden Daten interessant. Der Gesetzentwurf betreffs Verwaltung erledigter katholischer Bisphömer war im Herrenhause am 15. Mai in dritter Lesung angenommen und damit die beiden neuesten Kirchengesetze im preußischen Landtage erledigt. Vom darauf folgenden Tage, dem 16. Mai, datirt das Schreiben des Fürstbischofs an das Staatsministerium. Am 20. Mai erhielten die beiden neuen Gesetze entworfene die Sanction des Kaisers, in Folge dessen sich der Fürstbischof am 22. Mai direct an Se. Majestät gewandt zu haben scheint. Die Gesetze wurden am 27. Mai publicirt. Dass trotzdem von einzelnen Bischöfen der Ernst der Lage noch nicht recht verstanden wurde, beweist das Gnadengebet, welches der Bisphümverweser Hahne in Fulda am 5. Juni, dem Pontifikatstage, wegen Freilassung der infizierten Geißeligen an den Kaiser richtete. Erst einen Monat nach Absendung der beiden Briefe, am 24. Juni, traten die Bischöfe zur Beurtheilung in Fulda zusammen.

[Preßmachregelung.] Wie die „Post“ auf telegraphischem Wege erfährt, hat auf die Beschwerde des österreichisch-ungarischen Botschafters Grafen Apponyi in Paris die französische Regierung dem „Journal du Havre“ wegen eines unchristlichen Artikels bei Gelegenheit der Durchreise der Kaiserin von Österreich den Strafverkauf entzogen.

N. L. C. [Partikularistische Ideen.] Zu welchen Consequenzen politische Verantheitheit führen kann, beweist folgende Stelle einer Berliner Correspondenz der „Leipz. Zeit.“: „Wenn dieser Tage“, heißt es da, „ein italienisches Blatt, die „Italie“, die Nachricht in die Welt gesendet hat, daß die Anerkennung der spanischen Regierung seitens der Großmächte auf dem Punkte vollzogen zu werden sei, so dürfte der Umstand, daß das genannte Blatt notorisch ein Specialorgan der französischen Regierung ist, allerhand zu denken geben. Für Frankreich könnte die Anerkennung der Serrano'schen Regierung möglicherweise die Hinterhältigkeit sein, mittels deren es sich selbst die Anerkennung der Carlisten als kriegerische Partei völkerrechtlich ermöglichen will. Dadurch wäre die dortige Regierung in die Lage gesetzt, allen Vorschub, welchen sie dem Carlismus bisher geleistet hat, oder doch wenigstens geleistet haben soll, denselben offen vor aller Welt von Rechts wegen gewähren zu können. (Ist absolut falsch.) Ob damit vom deutschen Standpunkte aus etwas gewonnen wäre, ob man nicht vielmehr damit, um einen trivialen Ausdruck zu gebrauchen, aus dem Regen in die Traufe käme, ist eine Frage, ernster und gründlicher Erwägung wohl werth.“ Jeder Kommentar zu diesem Versuch, die Anerkennung um jeden Preis zu hinauszögern, ist überflüssig.

D. R. C. [Zur spanischen Intervention.] Aus Kiel heute hier eingetroffene telegraphische Depeschen bestätigen unjere vorgebrachte Mittheilung, daß die Schiffe der deutschen Marine, welche für die spanischen Gewässer bestimmt sind, erst am Sonnabend aus dem Kieler Hafen auslaufen werden. Wir constatiren dies zur Beurtheilung der hierüber verbreiteten anderweitigen Nachrichten. Wie wir ferner über diese Angelegenheit hören, ist es Thatsache, daß seitens der deutschen Reichsregierung den übrigen Regierungen ein Circularschreiben zugegangen ist, in welchem zunächst darauf hingewiesen wird, daß die deutsche Regierung mit Rücksicht auf das völkerrechtswidrige Verfahren der carlistischen Bandenführer sich veranlaßt sehe, einige Kriegsschiffe der deutschen Marine zum Schutz des Lebens und Eigentums der in Spanien wohnenden deutschen Staatsangehörigen nach den spanischen Gewässern zu entsenden. In diesem Circularschreiben soll auch

auf die Nothwendigkeit der Anerkennung der republikanischen Regierung Spaniens gegenüber den von den Carlistensbanden verühten Mordtaten wie überhaupt den thatsächlich verwirrten Verhältnissen Spaniens hingerichtet seien.

[Der Kriegsminister] hat, wie die „Magd. Ztg.“ mittheilt, das Gesuch an den Justizminister gerichtet, Vorkehrungen dahin zu treffen, daß Untersuchungen auf Antrag von Militärs Personen ohne Vorwissen der antragberechtigten vorgelegten Militärbehörde, § 196 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich, nicht eingestellt werden möchten. In Folge dessen sind die Staatsanwälte vom Justizminister angewiesen worden, in allen Fällen, in denen eine Untersuchung ausschließlich auf Grund des Antrages einer verlebten Militärs person eröffnet wurde, der vorgelegten Behörde des Antragstellers rechtzeitig Kenntnis hieron zu geben.

[Erklärung.] Im „Neue Social-Demokrat“ vom 7. dieses Monats (Nr. 90) erklärt der Reichstags-Abgeordnete Hasselmann, daß er bei der Gründung des Berliner Vereins der Centrumspartei nur als Berichterstatter anwesend gewesen, nicht aber sich bei den Abstimmungen, weder für noch gegen einen Antrag, beteiligt habe.

D.R.C. [Die Socialdemokraten] zeigen wieder eine große Rührigkeit und werden, wie wir hören, am nächsten Sonntag Vormittag in dem Saale des Handwerker-Vereinshauses eine Versammlung sämtlicher Steuerzahler einberufen zur Beiprechung der neuen Klasseuerveranlagung. Das in dieser Versammlung nur die Mitglieder des geschlossenen Allgem. Deutschen Arb.-Vereins erscheinen werden, ist selbstverständlich, nur ist es zu bedauern, daß die fälschlich gebrauchte Firma „sämtliche Steuerzahler“ hier wiederum zur Deckung der Beschlüsse der Socialdemokraten dienen muß, mit denen gewiß nicht der hunderste Theil der „sämtlichen Steuerzahler“ einverstanden ist.

D.R.C. [Geh. Reg.-Rath Maybach.] Wie wir hören, ist jetzt die Ernennung des Geheimen Ober-Regierungs-Rath Maybach zum Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamts aus Gastein hier eingetroffen und wird bereits in den nächsten Tagen die Übergabe der Leitung dieser Behörde Seitens des Präsidenten Scheele an den Präsidenten Maybach erfolgen. Beide Herren befinden sich schon hier anwesend. Präsident Scheele, dem, wie wir erfahren, der Stern zum Roten Adlerorden II. Klasse mit Eichenlaub als Anerkennung seiner Verdienste verliehen worden ist, wird sich nach der erfolgten Übergabe auf seine im Harz belegene Villa zurückziehen, dort den Rest des Sommers zubringen und erst im Spätherbst nach Berlin zurückkehren. Präsident Maybach wird demnächst die neue Amtswohnung in dem neu erworbenen Dienstgebäude des Reichs-Eisenbahnamts in der Linkstraße besiedeln, in welches im Laufe des Monats September auch die Bureaus des Amtes übergedreht werden.

[Weltpostcongres.] Zu dem am 15. September d. J. in Bern zusammenstrebenden Weltpostcongres haben bis jetzt Frankreich, Italien und Nordamerika ihre Vertreter noch nicht namhaft gemacht. Im übrigen sind bis jetzt folgende 27 Theilnehmer am Congres bekannt geworden: Deutschland entsendet den Generalpostdirector Dr. Stephan und Geh. Postrath Günther; England den Herrn J. Page; Österreich den Generalpostdirector W. Kolbensteiner, den ungarischen Generalpostdirector Gisborn, ferner die Ministerialräthe Pilhal und Heim; Russland den Director des Postdepartements Geheimrath v. Bello; Belgien den Generaldirektor Haffaux nebst den Inspectoren Gise und Vuistert. Die Niederlande den Chef des Postdepartements Hoofstede und den Postdirector Baron Swerts de Landas; Spanien den Generalpostdirector Miguel Manso und den Director de Navasques; Portugal den General-Postdirector Eduardo Lessa; Schweden den Generalpostdirector Roos und den Secretar Oppen; die Schweiz sendet den Bundesrath Borel nebst den Secretären Steinhausen und Höher; die Türkei Herrn Janci Efendi; Egypten den Generalpostdirector Muizz Bey; Rumänien den Generalpostdirector Lachovari; Serbien den Post-Commissionar Malven Radovicus, während Griechenland durch den Divisionschef Mansolas und den Generals Consul Betant repräsentirt sein wird. — Als Grundlage für die Verhandlungen des auf den 15. September nach Bern einberufenen internationalen Post-Congreses ist vom General-Post-Doctor Stephan ein Vertragsentwurf aufgestellt worden, dessen Hauptpunkte folgende sind: Die dem Vertrag betreffenden Staaten bilden ein einheitliches Postgebiet, welches mit dem Namen „Allgemeiner Postverein“ bezeichnet wird. Die Feststellungen dieses Vertrages erstrecken sich auf Briefe, einschließlich der Postkarten, Zeitungen und anderer Drucksachen, sowie Warenproben. Vorbehaltlich der weiteren allgemeinen Verständigung über die Einführung einheitlicher Portos soll jedem der am Vertrage teilnehmenden Staaten überlassen bleiben, das Porto selbständig festzulegen für alle Briefe nach und aus anderen Vereinsstaaten, soweit das Porto im eigenen Gebiete zur Erhebung kommt. Doch soll bei Feststellung des Briefportos nicht über die Beträge von 3 Groschen, 4 Pence, 10 Centimes für den einfachen frankirten Brief, und von 6 Groschen, 8 Pence, 80 Centimes für den einfachen unfrankirten Brief hinausgegangen werden. Bei Seebeförderungen von mehr als 300 Knoten kann ein Seepostporto in Anwendung gebracht werden, welches jedoch 2 Groschen, 2 Pence, 20 Centimes für den Brief, gleichviel ob frankirt oder nicht, nicht übersteigen soll. Für Zeitungen und Drucksachen, sowie für Warenproben und Muster, welche den reglementarischen Vorschriften im Ursprungsland entsprechen, steht jeder Staat für die in seinem Gebiete eingelieferten derartigen Sendungen nach anderen Vereinsstaaten das Porto selbständig fest. Doch soll bei Feststellung dieses Portos nicht unter den Betrag von 2 Groschen, 1 Pence, 10 Centimes hinabgegangen werden. Bei Seebeförderungen von weiter als 300 Knoten kann ein Aufschlag bis zur Höhe obiger Sätze in Anwendung gebracht werden. Die Recommandation der Briefe, Postkarten, Zeitungen und anderer Drucksachen, sowie der Warenproben ist zulässig. Im Falle des Verlustes eines recommandirten Gegenstandes zahlt die Verwaltung, in deren Gebiet oder auf deren Seepost-Route sich der Verlust ereignet hat, oder der Nachweis über den Verbleib nicht geführt werden kann, sofern die betreffende Verwaltung nach den gesetzlichen Bestimmungen ihres Landes auch für den Verlust interner recommandirter Sendungen Entschädigung zu leisten hat, eine Entschädigung von 14 Thlr., bezugsweise 50 Francs an den Absender oder auf dessen Verlangen an den Adressaten. Der Antrag auf Entschädigung erhält nach Jahresfrist vom Tage der Auslieferung an gerechnet. Im Falle einer vis major wird eine Entschädigung überhaupt nicht geleistet. Ist ein Brief nicht genügend frankirt, so wird er als unfrankirter Brief taxirt; unzureichend frankirte Zeitungen werden jedoch nicht befördert. Befreiungen von Porto oder Ermäßigungen derselben finden nicht statt. Die auf den Poststellen bezüglichen Sendungen werden ohne Porto-Anspruch befördert. Jede Postvermaltung bezieht ungetheilt das Porto und die Gebühren, welche in ihrem Gebiet erhoben werden; Transporto irgend welcher Art, sei es für den Einzeltransit oder für den Transit geschlossener Briefpäckchen durch das Gebiet eines der Vereinsstaaten wird nicht vergütet. Mit dem zunächst außerhalb des Postvereines bleibenden Staaten schließen diejenigen Glieder des Postvereines, welche mit jenen Staaten directe Postverbindungen unterhalten, Verträge ab, in welchen unter Beding einer entsprechenden Reciprocity die Vortheile des gegenwärtigen Vertrages für den ganzen Umfang des Postvereines dargeboten werden können. Endlich soll zur weiteren Ausbildung des Vereines, Einführung allgemeiner Verbesserungen und Erörterungen gemeinsamer Angelegenheiten zeitweise eine Conference von Bevollmächtigten der Vertragsunternehmern stattfinden, auf welcher jeder Staat Eine Stimme führt.

Gnezen, 5. August. [Keine Reichspost.] Nachdem der Domherr Korytkowski am 24. v. M. von hier ausgewiesen ist, erging zur Täuschung der staatlichen Behörden an die Pfarrgeistlichkeit der Erzdiözese Gnezen, wie angenommen werden muß, die Instruction, den postalischen Verkehr mit den geistlichen Oberen durch die vermittelnde Hand eines hier wohnenden Laien gehen zu lassen. Es ist der hiesigen Staatsanwaltschaft gelungen, den Namen des Letzteren zu ermitteln und Maßregeln zu treffen, den weiteren Missbrauch seiner Adresse unmöglich zu machen. Da der erwähnte Laien die Posteingänge an die Nähe des früheren hiesigen erzbischöflichen General-Consistoriums abgegeben hat, so wurde von der hiesigen Staatsanwaltschaft die Vornahme einer Haussuchung bei dem früheren Official, Metropolitan-Kanonikus Dörschweil angeordnet und mit deren Abhaltung der Di-

stricts-Commissaris Wendland beauftragt. Über das Ergebnis der Haussuchung kann vorerst natürlich nichts in die Öffentlichkeit dringen und werden deshalb alle Mittheilungen der clericalen Presse mit großer Vorsicht aufzunehmen sein. (N. A. 3.)

Flensburg, 6. August. [Gr. Moltke.] Die „Fl. N. Ztg.“ meldet: Soeben traf, mit dem Mittagszuge kommend, Feldmarschall Moltke mit der Leiche seines Bruders, des Kammerherrn Friedrich v. Moltke, der am 3. d. Ms. in seinem 77. Lebensjahr gestorben ist, hier ein. Der Verstorben war jahrelang Postmeister in unserer Stadt, quittierte dann seinen Dienst und zog, nachdem er sich einige Zeit in Lübeck aufgehalten, zu seinem Bruder nach Berlin, mit dem er seine letzten Jahre im schönsten brüderlichen Einvernehmen verlebt hat. Die Leiche ward auf dem hiesigen Kirchhof, woselbst des Verstorbenen Gräfin begraben liegt, beerdigte. — Der hohe Guest hat sich wahrscheinlich alle Empfangsfeierlichkeiten verbeten, denn nur der Magistrat und die Stadtverordneten begrüßten ihn am Bahnhofe und es waren nur Einzelne hier von seinem Kommen unterrichtet. In Begleitung des General-Feldmarschalls, der hier im „Hotel du Nord“ absteigt und dünkt, befanden sich dessen Adjutant, Hauptmann v. Buri, und der Geheime Rath v. Moltke.

Hadersleben, 5. August. [Ausweisung eines Agitators.] Auf Anordnung der Provinzialregierung ist gestern der Cand. jur. Bennezen, Mitredacteur der „Dannevirke“, von der hiesigen Polizeibehörde ausgewiesen worden. Derselbe ist ein geborener Nordschleswiger aus Gram, ist aber dänischer Unterthan geworden. Die Ausweisung trifft denselben hart, da er erst vor acht Tagen sich verheirathet und eingerichtet hat. Gleichwohl mußte den fortgesetzten Hezreien ein Ende gemacht werden.

Köln, 6. August. [Eine Nonne] des hiesigen Ursulinerinnenklosters an der Machtbäerstraße, der das convicuale Leben zu beschaulich vorkommen mochte, nahm vor einiger Zeit in bürgerlicher Tracht ihren Weg aus dem heiligen Mauern durch die Kirche, grüßte den Beichtvater mit den Worten: „Empfehle mich Ew. Hochwürden“, besieg einen vor der Kirchhür stehenden Wagen und fuhr der lieben Heimat zu. Von dort erfuhr sie die Vorsteherin des Klosters um Rückgabe von ihr zugehörigen Papieren. Als diese nicht erfolgte, kehrte sie nach etwa 14 Tagen zurück, warf sich der Mutter demuthig zu Füßen und wurde als reuiges Schäflein, das verloren und gefunden war, wieder aufgenommen. Aber nach wenigen Tagen schritt die Dame abermals in weltlicher Kleidung mit einem „Empfehle mich Ew. Hochwürden“ an dem Beichtvater vorüber, diesmal aber mit einem Packeisen versehen, das jedenfalls die verlangten Papiere in sich schloß, trat wiederum vor die Kirchhür, wo sie von einem Herrn, wie es heißt, ihrem Bruder, empfangen wurde und auf und davon ging. (K. 3.)

Kassel, 4. August. [Consistorialerlaß.] Die „Hess. Bl.“ theilen ein vom hiesigen königlichen Consistorium an die Geistlichen des Bezirks erlassenes Circular vom 10. Juli d. J. mit, welches lautet, wie folgt:

Auf beßigliche an uns von Geistlichen unseres Bezirks gerichtete Antragen eröffnen wir den Beichtgegen und bringen gleichzeitig zur Kenntnis aller Herren Geistlichen unseres Bezirks, daß nach näheren Erklundigungen begründeter Anlaß vorliegt, die sogenannte Missionanstalt zu Melungen, welche in der That eigentlich Mission gar nicht zu treiben scheint, als einen Sammelpunkt und Heerd der Renitenz auf kirchlichem Gebiet und als eine Begünstigerin kirchen- wie staatsfeindlicher Tendenzen zu betrachten, daß daher auch die Sammlungen von Unterstützungen für diese Anstalt und die eigene Beitragleistung dazu mit den Pflichten eines Geistlichen der geordneten Kirchen des Landes nicht vereinbar erachtet werden kann, den Herren Geistlichen und den Gemeinden, welche der Mission ihr Interesse widmen, vielmehr empfohlen werden muß, ihre Spenden für diesen wichtigen Zweck andern, wirthlich und allein denselben vertretenden Anstalten und Vereinen zuzuwenden.

○ München, 5. August. [Zum deutschen Sängerbundesfest.] In den letzten Tagen des vergangenen Monats haben die Vorbereitungen zum zweiten deutschen Sängerbundesfest ihren Abschluß gefunden und das Festcomitee, an dessen Spitze der Ober-Rechnungs-rath Fentzsch steht, hat dem König von dem Programm Mittheilung gemacht. Der König hat darauf in einem huldvollen vom 1. August datirten Schreiben an Herrn Fentzsch seine Bestreidigung zu erkennen gegeben. König Ludwig hat in diesem Schreiben nur hervorgehoben, daß seine Residenzstadt durch dieses Fest um eine schöne Erinnerung reicher werden wird und das ist auch der allein correcte und der Sache entsprechende Standpunkt. Um Feststellung der deutschen Einheit, um Aufrichtung des Andenkens an die Verdienste der deutschen Sänger und die Bewahrung des Einheitsgedankens oder gar um Darlegung der deutschen Gestaltung einer deutschen Stadt, wie München, kann es sich dabei nicht handeln und das Festcomitee hat mit dieser seiner verkehrten Auffassung an höchster Stelle keinen Anhang gefunden, ein neuer Beweis, mit wie richtigem Tact Ludwig II. das für die Situation Passende herauszufinden weiß, ohne mit dem, was er früher gehabt und gesagt, in Widerspruch zu gerathen. Das Programm für das Fest ist nun in der Weise festgestellt, daß der Sonnabend durch Empfang der Sänger und Begehrung durch die Comitemitglieder, sodann Abgabe der Fahnen im alten Rathause, Vertheilung der Festzeichen, Programme, Stadtpläne und Quartierbillets an die Bundesvorstände und Geleitung der Sänger in die Quartiere durch die Turner ausgefüllt ist, und erst um 8 Uhr Abends eine kurze Vorfeier in der Festhalle im Glaspalast mit offiziellem Empfang durch den Festausschuß stattfindet, welcher sich die feierliche Übergabe der Fahne des deutschen Sängerbundes an den Festausschuß und die Übergabe des von Frauen Münchens für die Bundesfahne gesetzten Fahnenbandes anteilt. Allgemeine Sängerkneipe mit Instrumentalmusikbegleitung bildet den würdigen Schluß des Ankunftsabends. Der Hauptfeiertag ist der Sonntag, oder wie es in dem Programm vorsichtig heißt, bei schlechtem Wetter der Montag. — Was geschieht, wenn Jupiter pluvius auch an diesem Tage die Schleusen des Himmels öffnet, verschweigt des Sängerfest-Ausschusses Höflichkeit. Also wenn der Himmel am Sonntag Morgen freundlich lächelt, werden die Bewohner Münchens das Fest sich folgendermaßen entwickeln sehen: Morgens 6 Uhr musikalische Tagesrevue durch die Straßen der Stadt. Eine halbe Stunde später versammeln sich Fahnenträger und Turner im Rathaussaale zur Empfangnahme der Fahnen. Um 7 Uhr sieht sich der Zug vom Marienplatz nach dem Glaspalast in Bewegung, wo die Fahnen aufgestellt werden. Um 8½ Uhr beginnt daselbst die Probe für die erste Festproduction. Nachmittag 3 Uhr beginnt die erste Festproduction mit der Feierrede. Gegen 5 Uhr zieht der Feiertag durch die Hauptstraßen der Stadt auf den abgeperrten Festplatz auf der Theresienwiese angesichts der Bavaria. Die Sänger und Musikcorps nehmen Aufstellung in dem Forum der Ruhmeshalle. Nach einer Ansprache an die Sänger wird unter Abhängung eines Chores und bei Beleuchtung der Bavaria mit electrichem Lichte dem König von Bayern eine Ovation dargebracht und nach Beendigung derselben die Fahnen in der Ruhmeshalle aufgestellt. Die Sänger begieben sich auf den für sie reservirten Raum des Festplatzes vor der Bavaria. Gegen Mitternacht wird ein allgemeiner Chor angestimmt und damit endet die programmatische Feier. Nach solchen Feiern für den Sonntag erscheint die Feier für den Montag, wie sie das Programm in Aussicht stellt, mehr als problematisch. Um 6 Uhr

schn ist die musikalische Tagesrevue angelegt und eine Stunde darauf versammeln sich die Fahnenträger an der Ruhmeshalle, von wo die Fahnen unter Begleitung des Festcomites und Musik wieder in den Glaspalast verbracht und aufgestellt werden. Um 8½ Uhr ist die Probe für die zweite Festproduction angelegt und um drei Uhr wie Tags zuvor folgt die Execution der Gesangspiecen selbst. Um 6 Uhr Abends Festvorstellung in den drei königlichen Theatern, wozu die Billets im Glaspalast nach der Hauptprobe an die Bundesvorstände zur Vertheilung an die Mitglieder abgegeben werden. Nach Schluss der Theater folgt allgemeine Sängerkneipe im Glaspalast, Einzeltortäge nach vorheriger Anmeldung, Reden, Toaste u. r. Der Dienstag ist als der letzte Festtag bei derartigen Festivitäten wie immer einem Ausfluge in die Umgegend gewidmet. Dazu ist der reizend gelegene Starnberger See aussersehen, auf welchem eine Festsfahrt mit Dampfschiffen und Kahn stattfindet. Um 3 Uhr Nachmittag beginnt ein Fest im Freien im Keller zu Tizing. (Unter der Bezeichnung Keller ist lediglich ein Raum im Freien zu verstehen, wo Bier getrunken wird.) Abends Rückfahrt nach München per Eisenbahn.

München, 4. August. [Bischof Reinkens.] Der „Deutsche Merkur“ berichtet über die hiesige Anwesenheit des Bischofs Dr. Reinens und führt hierbei die von Letzterem gemachten Neuheiten auf. Bischof Reinkens kann von seinen Audienzen bei dem deutschen Kaiser und dem Kronprinzen die Versicherung geben, „daß beide der Bewegung unter großer Theilnahme und offenem Verständniß folgen, daß daher Beide der Gedanke an eine „altkatholische Staats-Kirche“ ebenso fern liegt, wie den Führern der Alt-katholiken selbst.“

München, 4. August. [Luxussteuer.] Der „Fr. Ztg.“ schreibt man kurz vor dem Schlusse des Landtages haben sich mehrere Bürger Münchens an den bekannten Abgeordneten Pfarrer Mahr mit der Bitte gewandt, angesichts der zu erwartenden 60 Prozent Steuererhöhung dahin zu wirken, daß eine Steuer auf Luxusleider eingezahlt werde. „Es ist“, heißt es in dem Schreiben, „der gegenwärtige Kleiderluxus des schönen Geschlechtes durch alle Volkstassen zum Ruin der bürgerlichen Gesellschaft, Mägde und Milchmädchen und die sogenannten Kartendamen nicht ausgenommen, geworden. Benühnen Sie sich an Sonn- und Feiertagen in die Els-Uhr-Messe zu St. Cajetan (Theatinerkirche) oder in den Hofgarten zu der Säbelwelt, die eine Menge solcher Weibskräfte anzuziehen pflegt, und Sie werden staunen über die übertriebene Kleiderpracht der distinguierten Damen und Gräfinnen, von denen man sich, d. h. ein ordentlicher Mensch, nur mit Abscheu und Ekel wegwendet. Bankett und Gingriffe in fremdes Gut müssen die Folgen davon sein und somit der Ruin einzelner wie ganzer Familien; und für manche Familienväter stünden in Folge dieses unerschwinglichen Kleiderluxus nicht nur eine Steuererhöhung von 60, sondern 160 Prozent in Aussicht.“ Pfarrer Mahr hat übrigens keinen Antrag in der Kammer nach dieser Richtung eingereicht.

München, 6. August. [Der Erzbischof von München-Treising] hat aus Anlaß der bischöflichen Amtshandlungen des Dr. Reinkens in der Erzdiözese München-Treising nachstehende Vorstellung an den König Ludwig II. von Bayern eingereicht: „Allerdurchlauchtigster, grobmächtigster König! Allergräßigster Herr! Der allerunterthänigste, treugehorsame unterfertigte Erzbischof von München und Freising, sieht sich genötigt, den nachstehenden ehrerbietigsten Protest Ew. Königlichen Majestät zu führen. Am 28. Juli d. J. hat es der sogenannte Bischof Dr. Joseph Hubert Reinkens gewagt, in der Nicolaikirche auf dem Gasteig dahier, das heilige Sacrament der Firmung zu spenden. Als der seitdem verstorbenen katholischen Heinrich Loos, von Utrecht genannt, am 7. Juli 1872 in der Nicolaikirche und am 9. Juli desselben Jahrs in der Pfarrcuratie-Kirche zu Kiefersfelden die Firmung ertheilte, hat der ehrfürchtigvolle Unterzeichnete, nachdem er schon vor dem Eintritt dieser sacrilegen Handlung den königlichen Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Herrn Dr. v. Lutz um Abwehr dieses Aergernisses gebeten hatte, am 16. Juli 1872 in einer an die Staatsregierung Ew. Königlichen Majestät gerichteten Vorstellung seine und seiner dereinstigen Nachfolger erzbischöfliche Rechte feierlich verwaht. Gleichwohl mußte der ehrerbietigste Unterzeichnete den Schmerz erleben, daß neuerdings ein genannter Bischof der fälschlich sogenannten Katholiken in der Erzdiözese München-Treising, in der Haupt- und Residenzstadt Ew. Königlichen Majestät sich Jurisdiktionsrechte annimmt und über welche zugleich mit dem ehrerbietigsten Unterzeichneten unmöglich befreien. Im Hinblick nun auf die gesetzlichen Bestimmungen der allgemeinen Kirchenversammlung von Trient, welche (Sess. IV. cap. 5. de reform.) selbst einem ehrerbietigsten Bischof die Uebung der Pontificalien in einer freien Diözese unter der Strafe der Suspension verbietet, im Hinblick dann auf das Rundschreiben Sr. päpstlichen Heiligkeit Pius IX. vom 21. Nov. 1873, in welchem die Wahl des Joseph Hubert Reinkens zum Bischof als eine uncanonische, unrechte und gänzlich nichtige, seine Consecration zum Bischof als eine sacrilege erklärt, und der sogenannte Bischof J. H. Reinkens selbst namenslich und öffentlich aus der katolischen Kirche ausgeschlossen wird, im Hinblick endlich auf das von Ew. kgl. Majestät in Gott ruhenden Urgebräder mit dem hl. Stuhle abgeschlossene Concordat, welches nur die dort festgesetzten Diözesen und Bisöpfe in Bayern anerkennt, und auf die bayerische Staatsverfassung, welche (Beilage II § 51) der Kirchengewalt innerhalb der Grenze ihres eigentlichen Wirkungskreises den landesherrlichen Schutz ausstreckt, sieht sich der ehrfürchtigvolle Unterzeichnete genötigt, die obenbezeichneten Pontificalhandlungen des Joseph Hubert Reinkens als sacrilegisch, unkanonisch, unerlaubt, die Rechte des Erzbischofs von München-Treising, zu erklären und seine und seiner Amts-nachfolger erzbischöfliche Rechte mit allem Nachdruck und aller Feierlichkeit zu verwahren. In allerstiller Erwartung geharrt Ew. kgl. Majestät, München, den 31. Juli 1874, allerunterthänigst treugehorsamer Gregorius, Erzbischof von München-Treising.“

Paris, 5. August. [Preisvertheilung in der Sorbonne.] Heute, schreibt man der „Köln. Z.“, fand die große Preisvertheilung in der Sorbonne unter dem Vorsitz des Unterrichts-Ministers de Cumont statt. Der Minister kam um 12 Uhr in der Sorbonne an und sein Gefolge fuhren in zwei Wagen. In dem ersten befanden sich der Minister, sein Cabinetschef und sein Generalsekretär, und in dem zweiten die Frau Minister mit ihren Damen. Die Escorte bildeten republicanische Garde zu Pferd, ungefähr 50 Mann. Es war das erste Mal, daß die Frau eines Unterrichtsministers bei dieser Feierlichkeit im Gefolge ihres Mannes figurierte, was natürlich viel Spott und Heiterkeit hervorrief. Nach seiner Ankunft nahm der Minister auf der Ehren-Estrade Platz. Neben ihm saß der päpstliche Kurius Msgr. Meglia, der Seine-Präfect, einer der Groß-Bicarien des Erzbischofs von Paris — der Erzbischof selbst war nicht anwesend; er wünschte über den frechen Verweis, den ihm die Regierung zu geben gewagt —, der Marine-Minister, der Oberst d'Abzac, einer der Adjutanten des Präsidenten der Republik, und andere hochgestellte Persönlichkeiten. Die Mitglieder des Instituts, diejenigen der verschiedenen Facultäten und viele andere Personen, darunter auch eine Massé-Damen waren anwesend. Nachdem der Professor Poyard die übliche Rede in lateinischer Sprache gehalten, ergriff der Unterrichtsminister de Cumont das Wort; seine Rede war ohne Interesse. Gegen das Ende berührte der Minister auch die Politik und äußerte:

„Als Minister des Marschalls Mac Mahon erlenne ich an, wie lebhaft sein Interesse für den öffentlichen Unterricht ist. Er weiß, daß die besten Helden, die geboren sind, weil Ihnen die glorreich Aufgabe zukommt, Frankreich jene Generationen braver und tapfer Männer vorzubereiten, welche es aus seinen Rüinen erheben und wegen seiner Unglücksfälle trösten werden. Seien wir nicht undanbar gegen die Vorlesung; danken wir Gott, rats in diesen Tagen der Unruhe und Angst den großen Vägter gegeben zu haben, dessen

Echte unsere Garantie, dessen Gewalt unsere Sicherheit ist. Gegen dem Gesetz, nicht weniger getrennt seinem Wort, sagt er, daß er unter allen Umständen und während sieben Jahre die Ordnung und den öffentlichen Frieden aufrecht erhalten werde. Er sagte es und er wird es thun."

So die Hauptstellen der Rede des Unterrichts-Ministers. Dieselbe stand unter der Versammlung nur wenig Anklage. Die Clericalen klachten zwar Beifall, aber die Jugend, auf welche der Minister so große Hoffnung setzt, blieb kalt, und hier und da wurde auch ein unliebbares Wort laut. Nach der Rede des Ministers wurde die Preisverteilung vorgenommen, bei welcher Gelegenheit einige „Vive la République!“ ausgestoßen wurden. Zu weiteren Zwischenfällen gaben dieselben aber nicht Anlaß. Um 2½ Uhr war die Feierlichkeit zu Ende, und der Minister fuhr mit seiner Gemahlin in der Art und Weise, wie sie gekommen, nach dem Minister-Hotel zurück.

Großbritannien.

* London, 5. August. [Die angebliche Depesche Bismarck's an Hohenlohe,] welche aus Madrid in die Welt hinein telegraphiert worden, hat nur ein kurzes Leben gefestigt. Wer sie nicht gleich aus Form und Inhalt auf ihren richtigen Werth abschätte, würde durch sofort erfolgte Benachrichtigung aus Berlin davor gewarnt, in ihr mehr als ein Fabrikat zu erblicken. Keine schriftliche Mittheilung über die Wahrung der Neutralität, sagt das dementirende Berliner Telegramm, sei an die französische Regierung gerichtet worden, und der Inhalt der vertraulichen Befreiungen, welche über den Gegenstand Statt gehabt, sei in dem Schriftstücke ganz falsch dargestellt. Der „Daily Telegraph“, welcher die Fälschung heute bespricht, nimmt mit Recht schon Ansatz an der Drohung, daß „der Kaiser eine Flotte absenden werde, um es den Kartisten unmöglich zu machen, über die französische Grenze Kriegsmaterial zu erlangen“, und führt den überflüssigen Beweis, daß eine Flotte nicht über Berge fahren, also die Pyrenäen nicht schließen kann. Der „Daily Telegraph“ meint freilich, Serrano und seine Collegen würden dem verzweifelten Auswege, fremde Hilfe gegen den Aufstand herbeizurufen, nicht ganz abgeneigt sein. Das mag dahin gestellt bleiben; unanfechtbar ist jedenfalls ein anderes Urtheil desselben Blattes: eine wirkliche bewaffnete Intervention Deutschlands in Spanien sei eine zu ernste Sache und von zu großen Schwierigkeiten umgeben, als daß sie leicht hinunternommen würde. Das ist vollständig richtig, und schon deßhalb mag das Ausland sich über deutsche Kriegspläne beruhigen, selbst wenn Deutschland auch wirklich, was nicht ist, kriegerische Gefüste nähte.

[In gestriger Sitzung des Oberhauses] passirte die Bill zur Beauftragung eines Jahrgeldes für Prinz Leopold die dritte Lesung. Dann wurden die Amendments des Hauses der Gemeinen zu der Kirchendiscipline-Bill in Erwähnung gezogen. Der Erzbischof von Canterbury schiede sämmtlichen Amendments bei mit der Ausnahme dessjenigen, welches einen Appell von dem Bischof an den Erzbischof gestattet. Mit dieser Ausnahme drückte der Prälat seine Befriedigung über die Maßregel in der Form, die sie im andern Hause angenommen, aus, und bemerkte, daß das Gesetz nun deutlich verstanden werden würde, und in solchem Falle würde ihm, wie er glaubt, loyaler Gehorsam geleistet werden. Das erwähnte Amendment gab sodann zu einer beträchtlichen Debatte Anlaß. Während der Erzbischof von York die Annahme desselben empfahl, mit dem Vorschlage, daß der Bischof und der Erzbischof eine gemeinsame Discretion ausüben sollten, bekämpfte es die Bischöfe von Winchester und Lincoln aus dem Grunde, daß es dem Bischof in seiner Eigenschaft als Herrscher und Richter in seiner eigenen Diözese beeinträchtigen würde. Der Marquis von Salisbury, der gegen die ganze Maßregel ist, argumentierte, daß, wenn durch die Gestaltung eines Appells an den Erzbischof die Befürmung des bischöflichen Veto's zerstört würde, man das Lebensblut der Kirche verlieren würde, indem Candidaten für den geistlichen Stand an Anzahl wie Qualität abnehmen würden. Bei der Abstimmung wurde das anstößige Amendment mit 44 gegen 32 Stimmen verworfen. Die übrigen Amendments wurden mit Ausnahme der Clause C., die Universitätsschulen, Seminarien und Kapellen der Inns of Court unter die Wirthschaft der Bill bringt, genehmigt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Bill befreit der Stiftsschulen durch die Comiteeberatung gefordert, und die Bill, welche die Fortdauer der ablaufenden Gesetze verfügt, zum zweiten Male gelesen.

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] überreichte Herr Baillie-Cochrane vor dem Beginn der Verhandlungen eine Petition, welche sich darüber beklagt, daß „Thomas Castro, alias Arthur Orion, alias Sir R. C. D. Tickborne“ keinen unparteiischen Prozeß hatte. Der Sprecher der Partei, daß dies Haus nicht Petitionen entgegennehme, in denen es heißt, daß Personen kein unparteiischer Prozeß zu Theil wurde. Sir H. D. Wolff überreichte hierauf eine Petition von Bournemouth, worin das Haus gebeten wird, die Königin um die Begnadigung Arthur Orion's zu bitten. Diese Petition wurde verlesen und angenommen.

Sir G. Bowrie befragte den Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, ob die Ausserordentlichkeit Ihrer Majestät Regierung auf gewisse Berichte und Angaben in den continentalen Journalen bezüglich einer auswärtigen Intervention in Spanien oder Ermunterung derselben gelenkt worden sei, ob Ihrer Majestät Regierung irgend welche Information über eine solche Intervention empfangen habe und was für welche, und ob Ihrer Majestät Regierung bereit sei, ihren Einfluß zu Gunsten des Nichtinterventionssprungs auszuüben, damit die Spanier ihre Angelegenheiten selber regeln könnten. Herr Bowrie antwortete: Ihrer Majestät Regierung hat verschiedene Berichte und Angaben der in der Interpellation erwähnten Natur gelesen. Sie hat Grund zur Annahme, daß eine bemannte Intervention in die gegenwärtigen Unruhen in Spanien von keiner europäischen Macht beabsichtigt wird. Von Ihrer Majestät Regierung wird eine solche Intervention sicherlich nicht beabsichtigt, und sie wird derselben, falls sie von irgend einer anderen Macht unternommen wird, keine Ermunterung angegedeihen lassen. (Hört.)

Den Hauptgegenstand der Erörterung bildete die Frage betreffs der Annexions der Fidschi-Inseln. Herr W. M'Arthur stellte einen Antrag, welcher das Verhalten des Ministeriums für die Colonien mit Bezug auf die Annexions von Fidschi billigt. Nach einem Rückblick auf die Vor-gegange der Unterhandlungen und der Schritte der jüngst nach den Inseln gesandten Commissäre behauptete der Antragsteller, daß die Regierung keine Alternative als die Annexion der Inseln geblieben sei. Wenn England nicht die Regierung der Inseln übernehme, würde es keine Autorität geben, die deren aus der Annexion erwachenden Vortheile erwähnte er der Bequemlichkeit der Inseln für eine Flottenstation und ihre Fähigkeit für den Anbau von Baumwolle und Zucker. Die Einwände gegen eine Annexion bestreitend, behauptete er, daß die Regierung der Inseln dem Mutterlande nichts kosten dürfe und daß die Annexion zur Ausrottung der Slaverei und des Slavenhandels führen würde. Herr Baillie-Cochrane unterstrich den Antrag; Sir Charles Dilke aber, obgleich kein Gegner der Annexion, wargte die Notwendigkeit, weisz und vorstichtig dabei zu Werke zu gehen und beantragte ein in diesem Sinne gehaltenes Amendment. Er längnete, daß Begegnung von einstimmigem Wunsch nach Annexion unter den eingeborenen Häuptlingen vorhanden seien, und wies auf die Hindernisse hin, die einer Annexion in den Kosten und der zu übernehmenden Schuld entgegenstünden. Überhaupt würde es nach dem Bericht der Commissäre zur Sicherung des Friedens nothwendig sein, elliche 20,000 wilde Bergbewohner zu unterwerthen und zu befreiten; und was die Slaverei betreffe, so erhelle aus dem Bericht der Commissäre, daß die häusliche Slaverei die Grundlage der sozialen Ordnung in Fidschi sei. Dieser Grund zu der Annexion vorhanden ist, daß Sir Hercules Robinson ermächtigt sei, eine Abtretung der Insel zu akzeptieren, falls dieselbe zu einer bedingungslosen gemacht würde, empfahl der Baronet dem Hause, sich dessen Instructionen vorlegen zu lassen oder darauf zu bestehen, daß die Annexion nicht ohne weitere Besprechung im Parlament gestattet werde. Nachdem Sir F. Goldsmid das Dilke'sche Amendment unterstützte, nahm Herr Gladstone das Wort. Er bestätigte den M'Arthur'schen Antrag, und zwar aus dem Grunde, daß derselbe, wenn angenommen, das Haus zur Annexion nicht auf den Anlaß des verantwortlichen Ministers der Krone, sondern durch den freiwilligen Act eines Privat-Mitgliedes verpflichtet würde. Im Weiteren kritisierte er den Bericht der Commissäre in äußerlich strengen Ausdrücken als ein chaotisches und unbeständiges Älterstück, das nicht einen einzigen Grund für die Annexion angebe, und verbreitete sich über die von Sir Charles Dilke angetragenen Einwände gegen die Annexion. Herr Lowther, der Unterstaatssekretär für die Colonien, der sich demnächst erhob, pflichtete Herrn Gladstone bei, daß die Initiative für die Annexion von der Regierung allein

ausgehen müßte, und er empfahl Herrn M'Arthur daher, seinen Antrag zurückzuziehen. Alsdann versicherte er dem Hause, daß die Regierung unter keinen Umständen die Verwaltung der Angelegenheiten irgend eines Landes übernehmen würde, in welchem die Sklaverei gestattet sei. In seiner Meinung würde eine Kron-Colonie die einzige Form sein, in welcher die Regierung der Fidschi-Inseln geführt werden könnte, und selbst dann würde es notwendig sein, sich der Mütterwirkung der Colonien Neu-Süd-Wales und Neuseeland zu bedienen. Obwohl kein Führer einer Annexionspolitik leugnete Herr Lowther, daß die Colonisations-Mission Großbritanniens ihre Endsicht erreicht hätte, und im Namen der Regierung repudierte er jede Sympathie mit der sogenannten „Aufgebungspolitik“. Der Regierungsvertreter gab zu, daß ein zu großes Colonialreich eine Quelle der Verlegenheit und Gefahr, insbesondere im Falle eines Krieges werden dürfte, und er versicherte es dem Hause, daß diese Rücksichten nicht übersehen werden würden. Was Sir Hercules Robinson's Mission anbelange, so würde er in Gegenständen des Details seine eigene Discretion auszuüben haben, aber Lord Carnarvon sei entschlossen, daß die Annahme der in dem Bericht enthaltenen Bedingungen gänzlich außer Frage stände und daß die Abtretung tatsächlich bedingungslos sein müßte. Die Elemente für eine Entscheidung fehlten noch, aber wenn die Regierung die Annexion für wünschenswert erachte, so würde dieselbe von der Regierung auf ihre eigene Verantwortlichkeit beschlossen werden, und ohne jeden Versuch, das Parlament für ihre Handlungen verantwortlich zu machen. Das Haus könnte aber gleichzeitig verpflichtet bleiben, das größte Vorrecht dabei auszugebt werden würde.

Herr Knatchbull-Hugessen, der Ex-Unterstaats-Sekretär für die Colonien, erklärte sich mit der Veränderung, daß die Regierung vorsichtig zu Werke gehen würde, für zufriedengestellt und empfahl dem Hause, die Frage in den Händen des Ministeriums zu belassen. Nachdem noch Sir W. Lawton eine amitiante Rede die Annexion gebalten und Herr Mundella den Antrag unterstützte, wurde Sir Charles Dilke's Amendment mit 181 gegen 28 Stimmen verworfen und Herrn M'Arthur's Antrag ohne Abstimmung abgelehnt.

Das Haus ratifizierte hierauf die vom Postamt mit der Royal Mail Stampact-Company und der Peninsular- und Oriental-Company abgeschlossenen Verträge für die Beförderung der westindischen resp. indischen, japanischen und chinesischen Post, und gegen 1 Uhr Morgens ging die Sitzung zu Ende.

[Die Zahl der Unterrichtsschiffe.] auf welchen arme und verwohlste Kinder zum Matrosendienst auf Kaufahrtsschiffen vorbereitet werden. Ist wieder um eines, die „Aethra“, vermehrt worden. Die Regierung hat das Schiff für den menschenfreudlichen Zweck hergegeben und die Baronin Burdett Coutts 5000 £ geschenkt, um es für die neue Bestimmung umzugefertigen. Vor gestern fand die feierliche Einweihung statt.

Dänemark.

Kopenhagen, 4. August. [Aus Thorshavn,] Hauptstadt der Faröerinseln, wird unter dem 26. Juli gemeldet: Als der König bei seiner Ankunft auf der Landungsbrücke, wo eine große Ehrenpforte errichtet stand, vom Amtmann Jónsen im Namen der gesammten Inselbevölkerung begrüßt worden war, trat der (seit langerer Zeit kränkelnde) Bürgermeister der Stadt hervor, um eine Adress zu überreichen.

Kaum hatte aber dieser seine Ansprache beendet, als er, wahrscheinlich in Folge der großen Aufregung, vom Schlag geprägt zu den Füßen des Königs tot niedersank, was natürlich einen trüben Schatten auf alle vorbereiteten Festlichkeiten warf.

Provinzial-Zeitung.

* * Breslau, 8. August. [Der Herr Oberbürgermeister v. Forckenbeck] hat am Donnerstag einen dreiwöchentlichen Urlaub angetreten, eine Erholung, die nach den reichstäglichen Strapazen und bei der Masse wichtiger Angelegenheiten, welche unmittelbar darauf in unserer Commune zu erledigen waren — wohl begründet ist.

[Die Bismarck-Stiftung] ist, wie die „Schles. Ztg.“ mittheilt, in Höhe von 3000 Mark am 31. v. M. dem Curator der Universität, Herrn Frhrn. v. Nordenflycht, übergeben und von diesem an die Universitätsschäfe abgeführt worden. Bekanntlich soll aus dieser Stiftung ein Stipendium für einen hiesigen armen Studirenden der Naturwissenschaften, insbesondere der Mathematik und der Physik event. der Geschichte, entnommen werden.

— ch. Görlitz, 6. August. [Oberbürgermeister Gobbin.] — Das Siegesdenkmal. — Vorschußverein — Neue Straßenanlagen — Restauracionen.] Der Umstand, daß sich Oberbürgermeister Gobbin nach Görlitz zu seiner Wiederherstellung begeben hat, ließ lebhafte Bejürgnisse um seinen Gesundheitszustand aufkommen. Nach Mittheilungen von dort ist aber mit Bestimmtheit zu erwarten, daß er bei einem längeren Aufenthalt in Görlitz vollständig genesen wird. Die übermäßigen Anstrengungen, die er sich im Herrenhause und in der städtischen Verwaltung zugemutet hat, haben ihm eine längere Fernhaltung von allen Arbeiten zur Notwendigkeit gemacht. — Das Siegesdenkmal ist den ganzen Tag über von Schaulustigen belagert und man bedauert nur, daß auch jetzt, nach der Entzündung, der Zutritt zu der Credra verboten ist. Da die Kanone auf ihrem hohen Postamente den Überblick über das Ganze verhindert, so sollte man doch wenigstens die Möglichkeit gewähren, die herrlichen Figuren in der Nähe zu betrachten. Aber die um das Denkmal errichteten Barrieren deuten darauf hin, daß man beabsichtigt, das Denkmal dauernd abzusperren. Das wäre allerdings ein annähernd sicherer Mittel, das Denkmal vor Beschädigungen zu schützen, würde aber gleichzeitig auch das Denkmal selbst der genaueren Beobachtung völlig entrinnen. Nebenbei würde die Absperrung nicht verhindern, daß in der Dunkelheit die Figuren beschädigt werden. — Während mancher andere Vorschüsse der Verbindung nicht hat widerstehen können, dem Zuge der Zeit folgend sich auf große Geschäftes speculatorische einzulassen, hat der hiesige Verein, Schulze-Delitzsch's Rathschlägen getreu, sich völlig fern von allen Speculationen gehalten. In Folge dessen hat er denn auch in den letzten Jahren einen im Verhältniß zu anderen Vereinen nur winzigen Fortschritt gemacht, ist aber auch in der günstigen Lage, nach dem eingetretenen Umschwung keine Verluste befallen zu müssen. Bei der durchaus soliden Verwaltung hat denn der Verein auch trotz der bedauerlichen Worgänge auf diesem Gebiete sich das volle Vertrauen der Mitglieder und des außenstehenden Publicums zu bewahren gewußt, und die Einnahmen in die Sparlasse des Vereins mehrten sich unangesezt. Ein heut publicirter Status vom Ende Junii weist ein Mitglieder-Guthaben von 28,293 Thaler und daneben freiwillige Spar-einnahmen in Höhe von 86,693 Thlr. auf. Das Vorschüfconto beträgt im Soll 229,087 Thlr., um 22,300 Thlr. mehr als im Vorjahr. — Vor wenigen Wochen hat die Stadtverordnetenverfammlung das neue Ortsstatut genehmigt, welches die Kosten der Straßenanlagen den Adjacenten auferlegt und hat damit die Stadt von der Tragung einer Last befreit, der mit in erster Reihe die jetzige Finanzmisere zu danken ist. In dem Ortsstatut sind auch Bestimmungen über die Breite der Straßen getroffen und zwar hat man es für zweckmäßig gehalten, die Breite zu vergrößern, da die Erfahrungen der letzten Jahre den Beweis geliefert haben, daß man bei der früheren Festsetzung der Breite einen entschiedenen Mißgriff gemacht hatte. Die erste Straße, welche nach Annahme des neuen Statuts angelegt werden soll, wird dennoch nicht die vorgeschriebene Breite von 19 Meter haben, da die städtischen Behörden dem Besitzer des Terrains, dem Stadtverordneten Löhrer die Erlaubnis gegeben haben, die Breite auf 15 Meter zu reduciren. In das Prinzip ist damit die erste Breite gelegt, der voraussichtlich zahlreiche andere folgen werden. Die Straße befindet sich übrigens auf dem Terrain jenseits der äußeren Bahnhofstraße, und da sie nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, in die Salomonstraße einmünden kann, so läßt sich gegen die Reduktion an und für sich nicht viel einwenden. — Eine Wirkung der in den letzten Jahren außerordentlich gestiegenen Consumentenfahigkeit der arbeitenden Clasen ist die geradezu kolossale Vermehrung der Restauracionen in und vor der Stadt. Während man sich darüber wundert, daß diese Unmäßen von Restauracionen eröffnen können, nimmt ihre Zahl immer noch zu. In neuerer Zeit sind namentlich einige große Stablissemens entstanden, die dem Mangel an großen Concert- und Ballräumen abzuholen bemüht gewesen sind. So sind das die „Stadt Prag“ und die „Centralhalle“, an den entgegengesetzten Enden der Stadt, die letztere an der Chaussee nach Seidenberg, die letztere in der Leipzigerstraße.

— Gogolin, 6. August. [Wasserstand.] — Neue Straßenanlagen — Restauracionen.] Untere wasserarme Gegend ist verlorenes Jahr von dem befaßten Grafen Wrzechowez durch Aufsuchung einiger Quellen mittels magnetischer Instrumente erheblich mit gutem Trinkwasser versehen worden. Indessen beanspruchten den Grafen trotz der glänzenden Erfolge, welche er

ausgehe, nur wenige Private. Die Gemeinde Gogolin, die wegen Wassermangel gegenwärtig, zumal bei der in der Nachbarschaft herrschenden Cholera-Epidemie sich in großer Not befindet und bei Ausbruch eines Feuers offiziell fast über keinen Tropfen Wasser zu versorgen hat, würde künftlicher Hilfe nicht bedürfen, wenn nur erst der verschüttete Gemeindebrunnen, der so wasserreich war, daß er nicht allein Gogolin, sondern auch Klein-Stein, Strzebiow und das Dorf Podbor mit ausreichendem Wasser versah, ohne jemals eine merliche Abnahme zu zeigen, seiner Bestimmung wiedergegeben würde. Zu diesem Zwecke soll nun der frühere Gemeindevorsteher K. zur Herausgabe der Hälfte des betreffenden Gemeindegrundstücks veranlaßt werden.

* Gleiwitz, 6. August. [Feuer in Gieraltowitz.] Gieraltowitz bei Gleiwitz wurde vor wenigen Tagen von einem argen Feuer heimgesucht, das um so mehr um sich griff, als die Bewohner des Dorfes fast sämmtlich mit der Errichtung beschäftigt waren. Das alte Bett von den Kindern, die allein zu Hause gelassen, mit Blindschlösschen oder glühenden Kohlen spielen, hatte sich auch hier wiedervolt. Dem Ofen war Brennmaterial entfallen und hatte in der Nähe befindliche Lehnen angezündet, die die Kinder vom Felde mitgebracht hatten.

[Notizen aus der Provinz.] * Reichenbach. Die Pferde der verwohlten Gütebürgers Dürrich gingen am 3. d. mit einem leeren Erntewagen, auf welchem außer dem Knecht noch zwei Arbeiterinnen saßen, von dem Gehöft aus durch, und da sie nicht aufgezählt waren, hatte der Knecht keine Gewalt über sie. Die Frauenspersonen suchten zwischen den Sprossen der Ernteleiter hindurchzutreten, kamen dabei unter den Wagen und wurden die eine über die Brust, die andere über den Hals gefahren. Ein Mann, der die Pferde aufzuhalten versucht, hat sich im Gesicht dabei verletzt. Die Pferde liefen nach dem Ackersturz, von dem geerntet wurde, und blieben dort stehen. Eine von den Verunglückten soll bereits gestorben sein, an dem Aufzähnen der andern wird gezwiebelt. — Am verlorenen Sonnabend gingen in Jordansmühle, Kreis Niemtsch, die Pferde einer arbeitenden Mahnmashine durch und waren den darauf sitzenden Ackerknüppel ab, welcher so unglücklich fiel, daß die Sensenmeister der Maschine denselben trafen und förmlich zerfleischten. — Ebendorf wurde ein Feldarbeiter, welcher die Deichsel eines aus der Scheune zu transportierenden Erntewagens lenkte, bei dem Aufzähnen des letzteren an die Schwelle in Folge eigener Unvorsichtigkeit derartig in den Weizen verlegt, daß er sofort ohnmächtig zusammenbrach.

+ Glas. Die „N. G. 3.“ berichtet: In Niegendorf bei Wartha nahm die Frau eines Ziegelmeisters am 26. v. M. wahrscheinlich veranlaßt durch einen häuslichen Zwist, eine Quantität Rattenfängen zu sich. Das Gift hatte bereits lange Zeit gelegen und äußerte seine Wirkung erst nach mehreren Tagen. Die Familie zog allerdings einen Arzt zu Rate, scheute sich jedoch, denselben über die Ursache der Krankheit Aufschluß zu geben und so endete das Leiden der Frau am Sonntag, den 2. August cr. mit dem Tode. Die daraus erfolgte Section ergab unzweifelhaft eine Arsen-Vergiftung. Sie hinterläßt ihrem Manne 4 Kinder, von denen das jüngste erst 30 Wochen alt ist.

△ Beuthen O/S. Die hiesige „Grenz-Ztg.“ meldet: Durch einen Bergmann aus Scharley wurden am 29. Juli am Ufer des Grenzflusses Briniga in der Nähe eines Grenzfahles verschiedene Militärkleidungsstücke, ein Hemd ein leeres Portemonnaie und ein mit Blut besetztes Taschentuch aufgefunden. Nachdem der Gendarme Hein aus Deutsch-Pistor Kunde hierauf erhalten, ließ er den Fluss untersuchen und nach kurzer Zeit wurde in der Nähe des Grenzfahles die Leiche eines jungen Mannes herausgezogen, über dessen Persönlichkeit bis jetzt noch nichts Näheres festgestellt worden ist. Ob hier Selbstmord oder ein Verbrechen vorliegt, bleibt noch zu ermitteln.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.			
August 7. 8.	Nachm. 2 U.	Abs. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331"95	332"11	331"75
Luftwärme	+ 15°1	+ 13°1	+ 9°7
Dunstdruck	24"77	3"56	3"42
Dunstättigung	39 pCt.	58 pCt.	74 pCt.
Wind	W. 1	SO. 1	SO. 1
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.
Wärme der Oder	6 Uhr Morgens	+	14°3.

Breslau, 8. Aug. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 8 Em. U.-P. — M. — Em.

Berlin, 7. August. War gestern schon das Geschäft wesentlich eingeschränkt, so erfuhr es in dieser Beziehung heute noch eine Steigerung und demgemäß blieben auch die Notirungen meist unverändert. Gestern war wenigstens noch das Auftreten verschiedener sich widerstreitender Interessen zu beobachten, heute dagegen blieb die Ein

51½ Thlr. — Gerste loco 53—70 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 57—73 Thlr. nach Qualität gefordert, böhmischer Thlr. bez., östpreußischer 58—70 Thlr. bez., westpreußischer 58—70 Thlr. bez., geringer galizischer — Thlr. bez., pommerischer 69—73 Thlr. ab Bahn bez., dörmärker — Thlr. bez., neuer schlesischer — Thlr. bez., pr. August 59½—59½ Thlr. bez., pr. August—September — Thlr. bez., pr. September—October 57½—57½ Thlr. bez., pr. October—November 56½ Thlr. bez., pr. November—December — Thlr. bez., pr. Frühjahr 168 Rthm. bez., Gefündigt 7000 Ctnr. Kündigungspreis 59% Thlr. — Erben: Kochware 72—75 Thlr. bez., Futterware 66—70 Thlr. bez., Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilogr. Br. übersteuert incl. Saat 11½—11 Thlr. Nr. 0 u. 1 10%—10 Thlr. — Roggenmehl Nr. 0: 9½—9% Thlr. Nr. 0 und 1 8½—8½ Thlr. bez., — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. August 8 Thlr. 11—9½ Sgr. bez., pr. August—September 8 Thlr. 8—7 Sgr. bez., pr. September—October 8 Thlr. 8—6½ Sgr. bez., pr. October—November 8 Thlr. 3½—2 Sgr. bez., pr. November—December 8 Thlr. 1 Sgr. bez., pr. April—Mai 23½—23 Thlr. bez. Gefündigt 4000 Ctnr. Kündigungspreis 8 Thlr. 10 Sgr. — Rüben — Thlr. nach Qualität — Rüböl per 100 Kilogr. netto loco ohne Saat 17% Thlr. bez., mit Saat — Thlr. bez., pr. August 17% Thlr. bez., pr. September 17% Thlr. bez., pr. September—October Thlr. bez., pr. August—September 17% Thlr. bez., pr. September—October Thlr. bez., pr. August—September 17% Thlr. bez., April—Mai 18½—18½ Thlr. bez., pr. November—December 18½—18½ Thlr. bez., April—Mai 58,5—58,1 Rthm. bez., pr. Mai—Juni — Rthm. bez., Gefündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Leinöl loco 22% Thlr. — Petroleum per 100 Kilogr. incl. Saat loco 7½ Thlr. pr. Juli—August 7½ Thlr. bez., pr. August—September 7½ Thlr. bez., pr. September—October 7½—7½ Thlr. bez., pr. October—November 7% Thlr. bez., pr. November—December 8½—8½ Thlr. bez., pr. December—Januar 8½—8½ Thlr. bez., April—Mai — Thlr. bez., Gefündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 pcf. loco „ohne Saat“ 27 Thlr. 18 Sgr. bez., ab Speicher — Thlr. — Sgr. bez., „mit Saat“ pr. Juli—August 27 Thlr. 14—17—14 Sgr. bez., pr. August—September 27 Thlr. 11—13—10 Sgr. bez., pr. September—October 24 Thlr. 9—10—9 Sgr. bez., pr. October—November 22 Thlr. 10 Sgr. Br., pr. November—December 21 Thlr. 10 Sgr. Br., pr. April—Mai 64,1 bis 64,5 bis 64,1 Rthm. bez. — Gefündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis 27 Thlr. 6 Sgr.

[Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.] Der „B. B. 3.“ wird berichtet, daß die Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn für die Fortsetzung der von ihr begonnenen Neubauten neuer Geldmittel bedarf und daß daher in nächster Zeit voraussichtlich eine neue Serie Prioritäts-Obligationen zur Emision gelangen dürfte.

Königsberg i. Pr., 7. August. [Die Einnahmen der Ostpreußischen Südbahn] beitragen im Monat Juli 1874 für den Personenverkehr 28,787 Thlr., für den Güterverkehr 89,501 Thlr. Dazu kommen die außerordentlichen Einnahmen mit 6413 Thaler, so daß die Gesamteinnahme pro Juli 1874 sich auf 124,701 Thlr. d. h. auf 63,105 Thaler mehr wie in demselben Monat des Vorjahrs stellt.

* Breslau, 8. August, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Marte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigen Busfahrten und unveränderten Preisen.

Weizen, nur seine Qualitäten gut beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7% bis 8½ Thlr., gelber 7½ bis 8% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. neuer 6½ bis 7 Thlr. bezahlt.

Erste mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. neue 5%—5½ Thlr. helle 6% bis 6½ Thlr. weiß 6½ bis 7% Thlr. bezahlt.

Hafer gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 6—6½ bis 6% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen schwach offeriert, pr. 100 Kilogr. 6½ bis 6½ Thlr.

Widen sehr fest, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6½ Thlr.

Lupinen preishaltend, pr. 100 Kilogr. gelbe 4% bis 5½ Thlr., blaue 4% bis 4½ Thlr.

Bohnen gefügt, pr. 100 Kilogr. 7% bis 8 Thlr.

Mais preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5% bis 5% Thlr.

Oelsäften unverändert.

Schlaglein märt.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Pf.

Schlag-Leinsaat 8 — 8 25 — 9 10 —

Winter-Raps 7 17 6 7 27 6 8 2 2 6

Winter-Rüben 7 12 6 7 22 6 7 27 6

Rapskuchen sehr fest, fleischf. 71—74 Sgr. per 50 Kilogr.

Leinkuchen ruhiger, fleischf. 109—112 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat nominell, — rothe unverändert, ordinäre 10—11 Thlr., mittel 11½—12 Thlr., feine 13—14 Thlr., hochfeine 14½—15 Thlr. pr. 50 Kilogr., weiche preishaltend, ordinäre 11—12 Thlr., mittel 13—15 Thlr., feine 16 bis 17½ Thlr., hochfeine 18—19½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee ohne Umsatz, 9—10—11 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3½—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Salzburg, 7. August, Abends. Se. Majestät der deutsche Kaiser ist soeben von Gästen glücklich hier eingetroffen und von der zahlreich versammelten Bevölkerung mit lebhaften Hochrufen begrüßt worden. Der Kaiser hat im Hotel „Erzherzog Karl“ Wohnung genommen; die Weiterreise nach Eger erfolgt morgen früh 8% Uhr.

Madrid, 7. August. Neben die Führer der föderalistischen Partei berichtet der „Imparzial“, daß dieselben vollständig mit einander zerfallen und uneinig seien.

London, 7. August. Das Parlament ist heute Nachmittag 3 Uhr geschlossen worden. In der Thronrede werden die freundlichen Beziehungen Englands zu den auswärtigen Mächten hervorgehoben und daran die Versicherung getröstet, daß der sich aus diesen Beziehungen ergebende Einfluß Englands fortwährend angewendet werden, um vertragmäßig festgestellte Verpflichtungen bei Kraft zu erhalten und den europäischen Frieden zu befestigen. Betreffs des Brüsseler Congresses heißt es in der Thronrede, die Königin habe, ehe sie einen Delegierten zur Teilnahme an den Congreßverhandlungen bevollmächtigte geglaubt, zunächst die Zusicherung aller übrigen bei dem Congreß vertretenen Mächte erhalten zu müssen, daß kein Antrag bei dem Congreß eingebracht werden solle, der darauf hinausgehe, die Regeln des internationalen Rechts zu modifizieren oder im Falle eines Krieges den Operationen zur See gewisse Beschränkungen aufzulegen. Die Königin werde die von der Conferenz empfohlenen Vorschläge in Erwägung ziehen, müsse sich aber die volle Freiheit vorbehalten, dieselben anzunehmen oder abzulehnen. Bezüglich der inneren Kämpfe in Spanien wird in der Thronrede das lebhafte Bedauern und zugleich der dringende Wunsch ausgesprochen, daß Friede und Ordnung im Lande bald wieder hergestellt werden möge. Die Königin glaube indeß, daß dieses Ziel sich sicher und leichter erreichen lassen, wenn man sich einer ernstlichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des unabhängigen Landes enthalte.

Athen, 7. August. Die Kammer wurde heute im Namen des Königs durch den Präsidenten des Cabinets, Bulgaris, eröffnet, erwies sich aber als noch nicht beschlußfähig. — Der Gesandte des deutschen Reichs, v. Radowicz, ist hier eingetroffen.

(L' Hirsch telegraphisches Bureau.) Wien, 7. August. Die sechstageige Staatsbahn-Einnahme betrug 508,547 fl. Minus ca. 176,000 fl.

Wien, 7. August. Die Anglobank, Unionbank und Francobank publizieren nicht die Semestralbilanz, die Publicirung der Semestralbilanz der Verlehrsbank erfolgt in den nächsten Tagen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten. (Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

London, 7. Aug., Nachmittag 4 Uhr. Consols 92%. Italien. 5% Rente 66,07. Lombarden 12,03. Russen de 1871 102½. 5% Russen de 1872 101½. Silber 58,01. Türk. Anleihe de 1865 43,09. 6% Türk. 1869 52%. 6% Vereinigt. St. pr. 1882 104%. Silberrente 67%. Papierrente 64%. Berlin 6,27. Hamburg 3 Monat 20,68. Frankfurt a. M. 120%. Wien 11,27. Paris 25,47. Petersburg 32%. Ruhig.

Berliner Börse vom 7. August 1874.

Wechsel-Course.

	Amsterdam	8 T.	1872	1873	Zf.
do.	do.	2 M.	3½	4½	34½ bzG
Angwer. 100 fl.	do.	2 M.	4½	56,20 G	49½—1½ G
Frankf. a. M. 100 fl.	do.	2 M.	3½	14½	14½ bzB
Leipzig 100 Thlr.	do.	8 T.	4½	99½ G	14½ bz
London 1 Lst.	do.	3 M.	4½	6,22½ G	6,22½ bz
Paris 300 Frs.	do.	8 T.	4	81½ bz	81½ bz
Petersburg 100 R.	do.	3 M.	5½	95½ G	95½ bz
Warsaw 90 SR.	do.	8 T.	5	94½ G	94½ bz
Wien 150 fl.	do.	2 M.	5	92½ G	92½ bz
do.	do.	2 M.	5	91½ G	91½ bz

Fonds- und Geld-Course.

	Freiw. Staats-Anleihe	1872	1873	Zf.
Staats-Anl. 4½% 100 fl.	do.	1 M.	1½	34½ bzG
do. consolid.	do.	1 M.	1½	40½ bz
do. 4½% 100 fl.	do.	1 M.	1½	113 2½ bz
Präm. Schuldschein	do.	1 M.	1½	12½ bz
Präm. Anleihe v. 1865	do.	1 M.	1½	12½ bz
Berliner Stadt-Oblig.	do.	1 M.	1½	103½ G
Berliner	do.	1 M.	1½	101½ G
Pommersche	do.	1 M.	1½	87½ G
Posenische	do.	1 M.	1½	96½ G
Preußische	do.	1 M.	1½	98½ G
Ronnsche	do.	1 M.	1½	98½ G
Sachsenische	do.	1 M.	1½	99½ G
Schlesische	do.	1 M.	1½	98½ G
Badische Präm.-Anl.	do.	1 M.	1½	115 G
Baierische 4½% Anl.	do.	1 M.	1½	116½ G
Cöln-Mind. Prämien-Anl.	do.	1 M.	1½	103½ G

	Kurb. 40 Thlr.-Leose	73 bz
Badische 35 fl.-Loose	do.	42 B
Braunsch. Präm.-Anl.	do.	22½ bz
Oldenburger Loose	do.	41½ B

	Louis' 110 G 10½ %	Dollars 1,11½ G
Soz. 6½ fl.	do.	92 G
U.S. 24 Dz.	do.	93 G
Präm. 100 fl.	do.	93 G
Napoleons	do.	93 G
Imperialia	do.	93 G

	Russ. Ekn. 94½ G	Wien. Ekn. 94½ G
do.	do.	do.

	Eisenbahn - Stamm - Aktien.
do.	1872
do.	1873
do.	Zf.
Aachen-Mastricht	1
Berg.-Märkische	6
Berl.-Anhalt.	16
do. Dresden	5
Berl.-Nordbahn	5
Berl.-Potsd. Magd.	4
Berl.-Stettin	12½
Böh. Westb	